

An den Rat
der Landeshauptstadt Hannover

Anregung gem. § 34 NKomVG/ Widerruf der Gastspielerlaubnis für Circus Krone

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich rege an, die Circus Krone für den Zeitraum vom 23.08. bis zum 12.09.2018 erteilte Gastspielerlaubnis für den Schützenplatz in Hannover zu widerrufen.

Begründung:

Öffentliche Sicherheit

Von Wildtieren geht ein hohes Gefahrenpotenzial aus, vor denen die Bevölkerung zu schützen ist.

Circus Krone hat in jüngster Zeit zweimal bewiesen, dass er nicht in der Lage ist, die Bevölkerung von den durch Wildtiere ausgehenden Gefahren zu schützen. Am Abend des 04.07.2018 war ein Elefant bei einer Vorstellung des Circus Krone in Osnabrück über die Manegenbegrenzung in eine Besucherloge gefallen. Ein Zuschauer wurde dabei verletzt. Am 06.06.2018 ist ein Elefant von Circus Krone im rheinland-pfälzischen Neuwied aus seinem Zirkusgehege ausgebrochen und rund einen Kilometer durch die Stadt spaziert.

Tierschutzrecht

Seit 2002 steht der Tierschutz im Grundgesetz (§20a GG) und hat damit einen hohen Stellenwert in unserem Rechts- und Wertesystem. Bei der Rechtsauslegung muss Tierschutz nun mit betroffenen Grundrechten der Tierhalter, etwa einem Zirkus abgewogen werden. Da es - wie der Bundesrat (BR-Drs. 78/16, 565/11, 595/03) bereits zum dritten Mal bestätigt hat - nicht möglich ist, Wildtiere (insbesondere Elefanten, Großbären, Nashörner, Flusspferde, Menschenaffen, Giraffen) in einem Zirkus tierschutzgerecht (gemäß § 2 TierSchG) zu halten, ist das Verbot auf öffentlichen Flächen zum Schutz dieser Tiere ein rechtfertigender Grund. In den Entschlüssen wird fundiert dargelegt, dass Wildtiere systemimmanent in reisenden Zirkusbetrieben leiden.

Verstöße bei rund der Hälfte amtstierärztlicher Kontrollen

Als Antwort auf eine Kleine Anfrage teilte die Bundesregierung 2014 mit, dass im Berichtsjahr 2011 insgesamt 409 Verstöße gegen die Haltungsanforderungen für Tiere bei 895 amtstierärztliche Kontrollen in Zirkusbetrieben festgestellt wurden – also bei fast jeder zweiten Kontrolle (BT-Drs. 18/2690). In den Ländern Bayern und Berlin wurden in den letzten Jahren ebenfalls bei rund der Hälfte aller amtstierärztlichen Kontrollen in Zirkusbetrieben Verstöße bei der Tierhaltung festgestellt (Bayerischer Landtag Drs. 17-9602; Abgeordnetenhaus Berlin Drs. 17/18087).

Mehrheit der Deutschen für Zirkus-Wildtierverschmelzung:

Auch die Öffentlichkeit ist für dieses Thema sensibilisiert. Die Mehrheit der Deutschen will im Zirkus keine Wildtiere sehen. Das ergab z.B. eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag von "Frontal 21" (03.03.2015). Demnach lehnen zwei Drittel der Deutschen Wildtiere wie Elefanten, Giraffen oder Tiger in Zirkussen ab. 21 europäische Länder, darunter die Niederlande, Österreich und Belgien, haben aus Tierschutzgründen bereits das Mitführen von Wildtieren im Zirkus verboten oder eingeschränkt.

RECHTLICHE SITUATION

Über 70 deutsche Städte und Gemeinden, wie z.B. Düsseldorf, Erfurt, Köln, Leipzig, Potsdam, Rostock, Saarbrücken, Schwerin, Stuttgart oder Ulm, haben bereits vollständige oder teilweise kommunale Verbote für Wildtierzirkusse beschlossen. Das bedeutet, sie vermieten keine öffentlichen Flächen mehr an Zirkusse, die bestimmte Wildtiere mit sich führen.

Kommunen haben Selbstverwaltungsrecht

Die kommunalen Verbote können auf tierschutzrechtliche, sicherheits- oder verwaltungstechnische Gründe gestützt werden. Denn jede Stadt hat in Deutschland ein Recht auf Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 GG), dazu gehören auch die städtischen Flächen, welche für bestimmte Zwecke Ausstellern, Veranstaltern oder eben auch Zirkusbetreibern angeboten oder aus sachlichen Gründen verwehrt werden dürfen. Hierbei darf die Stadt auch ethische Maßstäbe anlegen, denn jede Stadt hat Hausrecht. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht sowie die Verhältnismäßigkeit kommunaler Wildtierverbote wurden durch mehrere Gerichtsentscheidungen bestätigt. (vgl. VG Darmstadt 17.10.2016 Az. 3 L 2280/16; HessVGH 19.10.16. Az. 8 B 2611/16; VG München 06.08.2014 Az. M 7 K 13.2449, rechtskräftig BayVGH 27.04.2016).

Kein Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit

Einige Zirkusse argumentieren, dass durch kommunale Zirkus-Wildtierverbote die Ausübung ihres Berufs eingeschränkt wird. Diese kann jedoch nicht aus der Teilentwidmung der öffentlichen Flächen an Wildtier-Zirkusse begründet werden. Zum einen können die Zirkusse weiterhin auf privaten Flächen und in diversen anderen Städten auftreten, zum anderen ist der Beruf des Tierlehrers nicht auf eine Tierart beschränkt, sodass dieser mit anderen Tierarten weiterhin seinem Beruf nachgehen kann. Der Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit wird vom Bundesrat als geringfügig erachtet und für verhältnismäßig erklärt (BR-Drs. 78/16, 565/11). Dies hat auch die Bundesregierung bestätigt (BT-Drs. 17/10572).

Ausreichende Ermächtigungsgrundlage für kommunale Wildtierverbote

Wenn es einer Gemeinde erlaubt ist, einen Festplatz vollständig zu schließen, ohne dass es hierfür einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage bedarf, kann eine solche erst Recht nicht für eine teilweise Schließung eines Festplatzes, etwa für Wildtierzirkusse, gefordert werden. (vgl. VG München 06.08.2014 Az. M 7 K 13.2449)

Auch der Umstand, dass der Gesetzgeber mit § 11 Abs. 4 eine Ermächtigungsgrundlage geschaffen hat, um ein Wildtierverbot auf Bundesebene einführen zu können, steht einem kommunalen Wildtierverbot nicht entgegen. Eher ist diese Vorschrift so zu interpretieren, dass der Gesetzgeber zwar regeln wollte, unter welchen Voraussetzungen Wildtiere im Zirkus beschränkt oder verboten werden können. Ob und inwieweit ein Zurschaustellen von Wildtieren auf öffentlichen Flächen stattfinden sollte, wollte der Gesetzgeber jedoch nicht regeln. Diesbezüglich steht den Gemeinden – insbesondere im Hinblick auf ihren Gestaltungsspielraum (Art. 28 Abs. 2 GG) – auch weiterhin die Entscheidung zu, wie sie ihre öffentlichen Flächen nutzen.

Kommunale Wildtierverbote durch Gerichte bestätigt

Das Verwaltungsgericht München hat 2014 bestätigt, dass kommunale Wildtierverbote nicht gegen die Rechte der Berufs- und Kunstfreiheit oder die des Gewerbebetriebs verstoßen. Gleichzeitig bestärkte das Gericht das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen (VG München 06.08.2014 Az. M 7 K 13.2449, rechtskräftig BayVGH 27.04.2016). 2016 entschied das Verwaltungsgericht Darmstadt zugunsten der Stadt Reinheim, die auf ihrer Fläche ein Zirkusgastspiel mit Tigern untersagte. Das Verwaltungsgericht betonte, die Stadt habe *„bei der Vergabe von Veranstaltungsplätzen einen weiten Gestaltungsspielraum und könne die Vergabe des Platzes zulässigerweise auf eine Veranstaltung ohne Raubtiere beschränken“* (VG Darmstadt 17.10.2016 Az. 3L 2280/16). Diese Entscheidung bekräftigte nochmals der Hessische Verwaltungsgerichtshof und wies die Beschwerde des Zirkusbetreibers rechtskräftig und unanfechtbar zurück (HessVGH 19.10.16 Az. 8 B 2611/16).

Einige Wildtier-Zirkusse klagen gegen bestehende kommunale Verbote. Die Gerichte haben die allermeisten Klagen bisher zurückgewiesen und den Städten Recht gegeben. Einzelne

Rechtsstreite wurden aus Rechtsschutzgründen zurückgewiesen. So auch die Entscheidung des OVG Lüneburg 02.03.2017 Az. 10 ME 4/17, welche jedoch in der Sache nicht überzeugt und zudem im Widerspruch zu anderen Gerichtsentscheidungen steht.*

Eine rechtskonforme Gestaltung kommunaler Zirkus-Wildtierverbote

Für eine rechtskonforme Gestaltung kommunaler Verbote gibt es von der Landestierschutzbeauftragten von Baden-Württemberg eine nützliche Handreichung.*

Diese weist u.a. auf folgende Punkte hin:

Die Beschlüsse dürfen sich nur auf künftige Anträge beziehen.

Die Teilentwidmung öffentlicher Flächen muss vernünftigen Gemeinwohlerwägungen entsprechen und den Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes genügen (dies ist wie oben erläutert aus tierschutzrechtlichen sowie auch aus Gründen der Gefahrenabwehr gegeben) Für die nachträgliche Teilentwidmung empfiehlt sich ein Satzungsbeschluss.

* <http://www.vier-pfoten.de/themen/wildtiere/zirkus/kommunale-wildtierverbote/>

Mfg